

Gemeinsam. Weiter. Machen.



Leitlinien der Wetzlarer SPD
zur Kommunalwahl 2016

SPD

Inhalt

1. Partizipation – wir legen Wert auf die Beteiligung der Wetzlarerinnen und Wetzlarer	4
2. Unsere Stadt wird von dem bürgerschaftlichen Engagement vieler geprägt – das Ehrenamt benötigt gute und verlässliche Rahmenbedingungen	5
3. Aktive Kommunale Sozialpolitik – Selbstbestimmung fördern, Lebensperspektiven eröffnen, gesellschaftliche Balance sichern.	6
4. Inklusion leben - Menschen mit Behinderungen gehören von Anfang an dazu	7
5. Familienpolitik als kommunalpolitische Entwicklungsaufgabe in Wetzlar	7
6. Kein Kind zurücklassen – Eltern bestärken	8
7. Gleichstellung. Mehr Gerechtigkeit heißt für uns: mehr Geschlechtergerechtigkeit	10
8. Grau ist bunt – Selbstbewusst und selbstbestimmt das Alter gestalten	11
9. Gelingende Integration – eine Chance für unsere Gesellschaft	12
10. Sicher leben in Wetzlar	13
11. Stadtentwicklung – Wetzlar bewegt sich – wir setzen unsere konzeptionelle Arbeit fort	14
12. Stadtteile und Stadtbezirke prägen den Charakter unserer Stadt	15
13. Wohnraum für alle	15
14. Unsere Lebensgrundlagen sichern	16
15. Lokale Energie- und Klimaschutzpolitik	17
16. Mobilität in der Stadt	18
17. Wetzlar als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort stärken	19
18. Wetzlar – die Stadt des Sports in Mittelhessen	20
19. Städtepartnerschaften – wir bauen am Haus Europa	21
20. Kulturpolitik stiftet Kommunikation und Identität	22
21. Kommunale Finanzen	23

Gemeinsam. Weiter. Machen.

Am 6. März 2016 finden die hessischen Kommunalwahlen statt. Sie sind in Wetzlar aufgerufen, über die Zusammensetzung der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung und damit über die politische Linienführung in unserer Stadt an Lahn und Dill zu entscheiden.

Seit der vorangegangenen Kommunalwahl im Jahr 2011 tragen wir in Wetzlar Verantwortung. Viele Ziele unseres zur letzten Kommunalwahl vorgelegten Wahlprogrammes, das wir unter den Leitsatz von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ gestellt haben, konnten wir umsetzen.

Unser aktuelles Wahlprogramm für die Jahre 2016 bis 2021 haben wir unter den Leitsatz „Gemeinsam. Weiter. Machen!“ gestellt.

Dieser Leitgedanke greift die Chancen für die Weiterentwicklung unserer Stadt ebenso auf, wie die aktuellen Herausforderungen.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir Wetzlar konsequent weiterentwickelt. Unternehmen von Welt-rang siedelten sich in Wetzlar an, die Innenstadtentwicklung kommt nachhaltig voran, Wetzlar wird Hochschulstandort, die Sozial- und Jugendpolitik haben wir zielgerichtet entwickelt und insbesondere für mehr Teilhabemöglichkeiten gesorgt: In der Energie- und Klimaschutzpolitik haben wir Ziele formuliert und setzen sie um. Dem hohen Stellenwert des Ehrenamtes, das gerade unsere Kultur- und Sportstadt prägt, haben wir Rechnung getragen und unsere Stadt erfolgreich positioniert. Das sind Potentiale, darauf wollen wir aufbauen.

Zugleich werden wir aber auch unser Augenmerk darauf richten, die Herausforderungen, die sich uns stellen anzunehmen. Wir werden auf kommunaler Ebene unseren Beitrag leisten, damit die Integration der zugewanderten Menschen gelingt.



Wir wollen die Infrastruktur unserer Stadt, die eine besondere Aufmerksamkeit, auch hinsichtlich des Einsatzes der Finanzmittel erfordert, zukunftsfähig machen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Wetzlar stehen an der Seite derer, die der besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, damit sie am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Keineswegs einfache Aufgabestellungen, die wir mit Ihnen gemeinsam und mit Erfolg für unsere Stadt angehen wollen.

Wir bitten Sie um Ihr Vertrauen. Mit einer starken SPD gewährleisten Sie die Fortsetzung der erfolgreichen Stadtpolitik der vorangegangenen Jahre. Mit einer starken SPD im Stadtparlament stärken Sie auch die Arbeit von Oberbürgermeister Manfred Wagner.

Es grüßen Sie herzlich

Manfred Wagner
Stadtverbandsvorsitzender

Jörg Kratkey
Fraktionsvorsitzender

1. Partizipation – wir legen Wert auf die Beteiligung der Wetzlarerinnen und Wetzlarer

„Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben, selbst planen und gestalten können.“

Berthold Brecht

In den letzten fünf Jahren haben wir für die Wetzlarerinnen und Wetzlarer Möglichkeiten der Beteiligung an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen in einem Maße eröffnet, wie sie unsere Stadt bis dahin nicht gekannt hat.

Jugendforum

Das Jugendforum wurde wieder aktiviert und bringt sich mit Ideen und Anregungen in die kommunale Willensbildung ein. Wir werden in einem nächsten Schritt dafür sorgen, dass die engagierten Jugendlichen Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss der Stadt erhalten.

Behindertenbeirat

Ein öffentlich tagender Behindertenbeirat, in dem Menschen mit unterschiedlichsten Handicaps ihre Belange einbringen können, wurde eingerichtet und erarbeitet zielgerichtet Lösungsvorschläge, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Seniorenbeirat

Nach der Kommunalwahl wird sich der Seniorenrat neu zusammensetzen. Nicht nur Fraktions- und Parteienvertreter werden künftig in dem Gremium vertreten sein, sondern Repräsentanten der in der Seniorenarbeit erfahrenen Wetzlarerinnen und Wetzlarer.

Behindertenbeirat und Seniorenrat haben ebenso wie der Ausländerbeirat das Recht, Anträge an die Stadtverordnetenversammlung zu stellen.

Interkultureller Rat

Um das Wissen und die Erfahrungen der Menschen mit Migrationshintergrund besser in die kommunalpolitische Willensbildung einzubinden, wird nach der Kommunalwahl 2016 ein Interkultureller Rat gebildet, der die Angehörigen der über 115 in Wetzlar lebenden Nationalitäten repräsentiert.

Freibad Domblick



Foto: Heiner Jung

Fahrgastbeirat

Inzwischen wurde gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis ein Fahrgastbeirat gebildet, der die Interessenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs darstellt.

Ehrenamtlicher Radverkehrsbeauftragter

Auch die Radfahrerinnen und Radfahrer erhielten eine Stimme, in dem der ehrenamtliche Radverkehrsbeauftragte sowohl in die Verkehrsplanung, als auch in die Beurteilung aktueller Problemstellungen der Straßenverkehrsbehörde mit seinem Sachverstand eingebunden wird.

Beteiligungsmöglichkeiten zur Stadtentwicklung

Zudem haben wir für unterschiedliche Aufgabenstellungen der Stadtpolitik darauf bezogene Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet, um die Meinung und die Erfahrungen der in Wetzlar lebenden Menschen einzu beziehen. Die Frage der Zukunft des Freibade(n)s haben wir mit der Durchführung einer Planungszelle und der Erstellung eines Bürgergutachtens in Angriff genommen, größere Bauvorhaben – auch privater Investoren – konnten mit Planungswerkstätten begleitet werden. Dies wird auch bei der Schaffung eines das Stadthaus am Dom ablösenden Baukörpers der Fall sein.

Beteiligung am Innenstadtentwicklungskonzept

Auch an der Entwicklung der sich aus dem Innenstadtentwicklungskonzept ableitenden Teilkonzepte, u.a. dem Quartierskonzept für die Bahnhofstraße, wurde ein passgenaues Modell zur Beteiligung praktiziert. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten, weil uns der Einbezug der Wetzlarer Einwohnerschaft nicht nur bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, unseren Ortsbeiräten oder der Direktwahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin wichtig ist.

2. Unsere Stadt wird von dem bürgerschaftlichen Engagement vieler geprägt – das Ehrenamt benötigt gute und verlässliche Rahmenbedingungen

„Ihr seid nicht nur Konsumenten. Ihr seid Bürger, das heißt Gestalter, Mitgestalter. Wem Teilhabe möglich ist und wer ohne Not auf sie verzichtet, der vergibt eine der schönsten und größten Möglichkeiten des menschlichen Daseins: Verantwortung zu leben.“

Bundespräsident Joachim Gauck

Unser Gemeinwesen wird ganz maßgeblich von dem ehrenamtlichen Engagement seiner Einwohnerinnen und Einwohner geprägt. Das sind Menschen unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Herkunft, die sich in den verschiedensten Bereichen engagieren, um einen gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen. Damit es sich weiter entfalten kann, ist es eine der zentralen Aufgaben der Politik, so auch auf der Ebene unserer Stadt, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, die einerseits motivieren und ermutigen und andererseits Möglichkeiten sich gestaltend einbringen zu können, eröffnen.

Wir wollen den Rahmen dafür weiterentwickeln, damit die Wetzlarerinnen und Wetzlarer in die für ihre Stadt und für sie wesentlichen **Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.**

Daneben geht es um das bürgerschaftliche Engagement. Es kann nicht verordnet werden, ist eigensinnig, im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Politik für das Engagement muss diesen Eigensinn erhalten. Es geht um mehr als um das Ehrenamt.

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Neben der Tätigkeit in Vereinen und Verbänden von Sport, Kultur, Musik, Kirchen, bei den freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen, in karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen findet bürgerschaftliches Engagement in Freiwilligenagenturen, Freiwilligen-

diensten, der Hospizbewegung, Tafeln oder Selbsthilfegruppen, in Nachbarschaftsinitiativen oder Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften statt und kann auch das Engagement von Unternehmen sein.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet Vielfalt. Und erst in diesem weiten Verständnis, das all diese vielfältigen Aktivitäten mit einbezieht, erschließen sich die Dimensionen und seine Bedeutung für das Gemeinwesen.

Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem Engagement in allen Bereichen des Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Das für unsere Stadt wichtige Engagement seiner Einwohnerinnen und Einwohner wollen wir erhalten und ausbauen.

Mit den von der Stadt zu schaffenden Rahmenbedingungen wollen wir alle, in Wetzlar lebenden Menschen, egal welcher Herkunft ansprechen, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet eine wertschätzende **Anerkennungskultur**, die wir in Wetzlar pflegen und den aktuellen Erkenntnissen und Entwicklungen entsprechend anpassen werden.

Westend-Café



Hospiz auf der Spilburg



Foto: Heiner Jung

3. Aktive Kommunale Sozialpolitik – Selbstbestimmung fördern, Lebensperspektiven eröffnen, gesellschaftliche Balance sichern

„Ein Alltag ohne soziale Demütigung – das ist das Grundrecht aller, ausnahmslos.“

Regine Hildebrandt, ehemalige Sozialministerin des Landes Brandenburg

Kommunale Sozialpolitik verstehen wir nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not sondern als Politik zur Gestaltung der Gesellschaft – und soweit erforderlich – auch des städtischen Raumes.

Wir konnten in Wetzlar inzwischen viele Akzente setzen, um Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, die bisher aufgrund ihrer Einkommenssituation, ihres Alters, oder aber einer Behinderung ausgeschlossen waren.

Doch wird dieser Weg nie abgeschlossen sein und enden. Es handelt sich um einen Prozess, den wir weiter gestalten werden, damit alle Menschen in allen Bereichen des Lebens in der Gemeinschaft selbstverständlich und gleichberechtigt teilhaben können.

Mit der Einrichtung der **WetzlarCard** haben wir dafür gesorgt, dass alle Wetzlarerinnen und Wetzlarer die von der Stadt mit öffentlichen Geldern finanzierten Angebote gleichberechtigt in Anspruch nehmen und nicht wegen ihrer finanziellen Situation ausgeschlossen werden. Die WetzlarCard und das damit verknüpfte Leistungsangebot werden wir zielgerichtet und bedarfsangemessen weiterentwickeln.

Die Kennzahlen des Arbeitsmarktes weisen Wetzlar seit Jahrzehnten als eine Stadt mit einer relativ ho-

hen Quote langzeitarbeitsloser Menschen aus. Diesen Menschen wollen wir bessere Perspektiven bieten. So begleiten und unterstützen wir aktuell Qualifizierungsprogramme des JobCenters Lahn-Dill, die sich an den Personenkreis der Menschen in **Langzeitarbeitslosigkeit** richten. Zu nennen ist das Programm „Kompetenzen entwickeln – Perspektiven eröffnen“.

Dieses Landesprogramm flankiert das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“. Ferner führen wir inzwischen das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) durch, das seinen Schwerpunkt im künftigen Projektgebiet **„Soziale Stadt - Dalheim/Altenberger Straße“** haben wird.

Darüber hinaus unterstützen wir Qualifizierungsmaßnahmen die von den engagierten Kooperationspartnern in unserer Stadt, wie zum Beispiel der **Wetzlarer Tafel** oder der **Wali (Wetzlarer Arbeitsloseninitiative)** durchgeführt werden.

Kooperation, Stärkung und Unterstützung der **engagierten freien Träger und Selbsthilfegruppen, aber auch der engagierten Einwohnerinnen und Einwohner** sind für eine Stadt von unschätzbarem Wert. Diese Wertschätzung drücken wir auch in der Zukunft durch die Begleitung und Unterstützung ihrer Arbeit aus.

Blick vom Kalsmunt in Richtung Neustadt/Dalheim



Foto: Heiner Jung

4. Inklusion leben – Menschen mit Behinderungen gehören von Anfang an dazu

„Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann.“

Richard v. Weizsäcker, ehem. Bundespräsident

Eingedenk des Wortes von Richard von Weizsäcker muss die Gesellschaft, so auch das Gemeinwesen alles daran setzen, um **Menschen mit Behinderungen** die Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen gehören von Anfang an und zwar so wie jede und jeder andere auch zu unserer städtischen Gesellschaft. Das Anderssein ist normal. Zu Recht sprechen wir heute von der Inklusion.

Mit der **Einrichtung einer Stelle einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten** und dem Behindertenbeirat haben wir in der vorangegangenen Wahlperiode Möglichkeiten geschaffen, damit Menschen mit unterschiedlichsten Handicaps ihre Belange einbringen und gemeinsame Lösungen gefunden werden können.

Das reicht von der barrierefreien Gestaltung des städtischen Raumes und der kommunalen Einrichtungen, u.a. unsere städtische Museumslandschaft und das Angebot inklusiver Stadtführungen, über die behindertenfreundliche Ausgestaltung des ÖPNV bis hin zu den Dienstleistungen des Rathauses mit einem barrierefreien Internetangebot.

Das von der Stadt getragene **Altenzentrum in der Pariser Gasse** bietet inzwischen Pflegeplätze für Hörbehinderte und gehörlose Menschen an. Die Einrichtung verfügt mit einer eigenen, zertifizierten Wohn- und Pflegestation für an Demenz erkrankte Menschen, die nach dem Konzept von Prof. Böhm arbeitet, einen Bereich an, der die Herausforderungen der sich zunehmend ausbreitenden Demenzerkrankungen aufgreift.

Alleine die Ergebnisse der Arbeit in den zurückliegenden Jahren verdeutlichen, dass wir uns in einem Prozess befinden, der uns noch viele Herausforderungen stellen und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen wird. Das gilt in besonderem Maße für die Umsetzung der Rahmenvereinbarung Integration, die sich auf die Begleitung besonderer Kinder in den **Kindertagesstätten** bezieht, aber auch für die Umsetzung des Ziels der Inklusion in den **Schulen**. Auch hier werden wir unsere Beiträge erbringen, damit ein gemeinsames Aufwachsen und voneinander Lernen und gleichzeitig der Anspruch auf eine gute Förderung ermöglicht wird.

5. Familienpolitik als kommunalpolitische Entwicklungsaufgabe in Wetzlar

„Familien gestalten Zukunft, weil die Zukunft unserer Gesellschaft in den Händen der Kinder liegt, die jetzt in den Familien heranwachsen. Damit die Zukunft gelingt, müssen Familien die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.“ (Ute Schäfer, frühere Familienministerin in Nordrhein-Westfalen)

Die Zukunftsfähigkeit der Kommune hängt entscheidend davon ab, ob Familien mit Kindern an einem Ort gerne leben und ob es ihnen gelingen kann, ihre Familienaufgaben im konkreten Alltag ihres Lebensraumes erfolgreich zu bewältigen.

Die Familie als Ausgangspunkt für Bildung, Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt zu ermöglichen, also einen umfassenden Blick auf die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien zu legen, ist mehr denn je angezeigt.

Dabei geht es sicherlich auch um Anknüpfungspunkte, die sich im Kinder- und Jugendhilferecht finden, aber keineswegs nur. Es geht um Fragen der Stadtplanung und der Stadtentwicklung, des Wohnens, der Gesundheit, der Bildung, um nur einzelne Politikfelder zu be-

nennen. Es geht um die Frage, wie sich junge Menschen eine Stadt vorstellen, in der sie auch nach ihren Kinder- und Jugendjahren im Elternhaus gerne leben, die sie auch nach Abschluss von Studium und Ausbildung als ihre Stadt empfinden, in der das Mitgestalten für sie lohnenswert erscheint.

Diese Zusammenhänge, die den Charakter einer kommunalpolitischen Querschnittsaufgabe unterstreichen, werden wir in der bevorstehenden Wahlperiode noch stärker in den Fokus zur Weiterentwicklung unserer Stadt rücken.

Dazu dient ein **Runder „Tisch Familie“**, an dem die unterschiedlichen Akteure beteiligt sind und der beim Oberbürgermeister angesiedelt wird, ebenso, wie die Bewerbung der Stadt um die Ausrichtung des **hessischen Familientages**.

6. Kein Kind zurücklassen – Eltern bestärken

„Bildung, Erziehung und Betreuung sind ein ganzheitlicher Prozess. Wenn wir diese Elemente zusammenbringen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.“

Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes e.V.

Auf dem Weg zur **Chancengleichheit** für alle Kinder haben wir seit 2011 mit dem Rahmenkonzept **„Frühe Hilfen – gemeinsam unterwegs – stark durch Erziehung“** entscheidende Fortschritte gemacht.

In über 60% aller Familien mit Neugeborenen können wir in Wetzlar mit den von Familienpatinnen durchgeführten „Willkommensbesuchen“ einen Erstkontakt herstellen und die Eltern mit ihrem Kind zu weiteren Angeboten des Austausches, der Begleitung und Beratung einladen.

Raum für Begegnung und generationenübergreifenden Austausch im Stadtquartier bieten unsere vier Kinder- und Familienzentren. Weitere Kinder- und Familienzentren befinden sich im Anerkennungsverfahren gegenüber dem Land Hessen bzw. in der Planung, so für den Bereich Dalheim/Altenberger Straße. Im Jahr 2016 streben wir an, 75% aller Eltern mit Neugeborenen erreichen zu können und die konzeptionellen Vorbereitungen für den weiteren Ausbau in den kommenden Jahren zu schaffen.

Betreuungsangebote stärken Kinder und gewährleisten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zur Familienfreundlichkeit gehört die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Ein vielfältiges Angebot unserer Kindertagesstätten sowie derer, die sich – von der Stadt maßgeblich finanziert – in freier und kirchlicher Trägerschaft befinden, ist dafür Voraussetzung.

In der Kommunalwahlperiode 2011 bis 2016 haben wir insbesondere die Versorgung der unter Dreijährigen gezielt ausgebaut. Den Rechtsanspruch erfüllen wir mit einer Versorgungsquote von rund 41% aller Kinder eines Geburtsjahrganges.

In der Spilburg haben wir eine neue Kindertagesstätte

eröffnet. Die Einrichtungen „Mullewapp“ und „Regenbogenland Mini“ in Hermannstein wurden erweitert bzw. grundlegend saniert. Im Stadtteil Blasbach haben wir eine Erweiterung der Einrichtung vorgenommen und verfügen dort erstmals über ein vollumfängliches Betreuungsangebot.

Die Öffnungszeiten unserer Einrichtungen haben wir erweitert. Sie stehen den Jüngsten montags bis freitags 10 Stunden offen und werden durch engagierte Kräfte in der Kindertagespflege außerhalb dieser Zeiten ergänzt.

Wir werden die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten regelmäßig hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Erziehungsberechtigten überprüfen.

Das von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig angestoßene Förderprogramm „KitaPlus“, mit dem sie in den Jahren 2016 bis 2018 bis zu 100 Millionen Euro bereitstellen will, kann ein wichtiger Baustein einer solchen Angebotsstruktur sein. Damit soll die Kinderbetreuung in bundesweit 300 Projekten abends, nachts, an Wochenenden und Feiertagen ausgebaut werden. Ob dies für Wetzlar in Betracht kommt, werden wir gemeinsam mit der Stadtelternvertretung prüfen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit in unseren Kindertagesstätten legen wir auf die Sprachförderung und die Verwirklichung des Grundsatzes der Inklusion. Sich bietende Förderprogramme werden wir in Anspruch nehmen und die erforderlichen Ressourcen bereitstellen.

Bedarf zur baulichen Erweiterung bzw. zum Neubau von Einrichtungen sehen wir in der bevorstehenden Wahlperiode insbesondere in den Stadtteilen Dutenhofen und Münchholzhausen sowie in dem Gebiet Dalheim/Altenberger Straße. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der energetischen Sanierung des städ-

tischen Liegenschaftsbestandes Zug um Zug auch unsere Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung auf den aktuellen Stand bringen.

Auch wenn unsere Stadt selbst nicht Träger der Schulen ist, so entwickeln wir im partnerschaftlichen Miteinander mit dem Lahn-Dill-Kreis die Schulstrukturen in Wetzlar weiter, um ein für alle Wetzlarer Kinder attraktives und leistungsfähiges Bildungsangebot unterbreiten zu können.

Der Erhalt der vorhandenen Eingangsstufen und der Ausbau der Ganztagesbetreuung stehen ganz oben auf unserer Agenda. Dort, wo das Land die Ganztagsbetreuung nicht sicherstellt (u.a. Pakt für den Nachmittag) werden wir auch weiterhin unseren finanziellen Beitrag zur Errichtung und zum Betrieb der Schulbetreuung sicherstellen.

Als Träger der Kindertagesstätten in unserer Stadt fördern wir die Zusammenarbeit mit den Grundschulen in Wetzlar, um die Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans anhaltend zu fördern.

Unter dem Aspekt Wetzlar als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln, sind uns attraktive Bildungsgänge an unseren Mittelstufenschulen ein Anliegen. Wir begrüßen und begleiten die vom Landkreis in Angriff genommene Sanierung unseres Schulzentrums (Goethe-, Käthe-Kollwitz- und Theodor-Heuss-Schule) nachhaltig.

In der Überzeugung, dass jede Schule unterschiedliche Ausgangslagen und davon ableitbare Bedarfe hat, finanzieren wir Angebote der Sozialarbeit an Schulen.

Eltern sind die wahren Experten ihrer Kinder

Der eingeschlagene Weg, Eltern zu stärken und sie im Falle des Hilfebedarfs ihrer Kinder zu befähigen, selbst

an tragfähigen Lösungen mitzuarbeiten, hat sich bewährt. Die freien Träger bieten entsprechende Module an, die von der Stadt als Jugendhilfeträger bedarfsgemessen eingesetzt werden.

Sie tragen dazu bei, konsequente Unterstützung anbieten und den Aufwand für den Jugendhilfeträger minimieren zu können. Wir werden diesen Weg fortsetzen und weiterentwickeln.

Mitmachen statt zuschauen

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, ist ein berechtigtes gesellschafts- und sozialpolitisches Anliegen. Wissenschaftliche Untersuchungen und zahlreiche Beispiele aus der Praxis belegen, dass die Bereitschaft zu politischem Engagement bei Jugendlichen groß ist, wenn sie konkrete Möglichkeiten erhalten, ihr Lebensumfeld mitzugestalten.

Das Jugendforum, das in der vergangenen Wahlperiode wieder eingerichtet wurde, bestätigt diese Bewertung. Mit den Jugendlichen gemeinsam werden wir dieses Beteiligungsinstrument nutzen und bei Bedarf weiterentwickeln.

Jugendtreffs, Haus der Jugend

Inzwischen haben wir in allen Stadtteilen und Stadtbezirken Jugendtreffs eingerichtet. Sie komplettieren das Angebot des Spielhauses Dalheim, der Girmeser Villa und des Hauses der Jugend in der Altstadt. Am Gebäude des Hauses der Jugend besteht immenser Sanierungsaufwand. Daher muss in der Wahlperiode 2016 bis 2021 über die Sanierung entschieden werden. Nach unserer Ansicht muss in der Altstadt eine entsprechende Einrichtung mit einem attraktiven Angebot vorgehalten werden.

Neue Kita Spi(e)lburg



Foto: Heiner Jung

Swim-City anlässlich des Brücken- und Sportfestes 2014



Foto: Heiner Jung

Frühe Hilfen zahlen sich aus



Foto: Fotolia

7. Gleichstellung. Mehr Gerechtigkeit heißt für uns: mehr Geschlechtergerechtigkeit

„Gleichstellungspolitik ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Handlungsfelder in Deutschland. Denn nicht nur die demografische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, auch der gesellschaftliche Zusammenhalt hängen entscheidend davon ab, ob die Ursachen für die noch immer ungleich verteilten Chancen und Risiken zwischen Frauen und Männern gezielt bekämpft werden.“

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend

Auch am Anfang des 21. Jahrhunderts ist die Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht. Mehr Gerechtigkeit heißt für die SPD, auch auf kommunaler Ebene, mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Dies meint nicht nur die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Es geht auch um den gleichberechtigten Zugang zum Beruf, um **gleiche Karrierechancen und gleiche Bezahlung**. Das schließt selbstverständlich auch diejenigen ein, die aus welchen Gründen auch immer keine Kinder haben.

Frauen dürfen nicht vor die Alternative Beruf oder Fa-

milie gestellt werden. Andere, insbesondere die nord-europäischen Länder, zeigen uns: Gleichstellungspolitik ist die Voraussetzung für eine gute Familienpolitik. Dies fängt in der Kommune an. Sei es als Arbeitgeber oder aber derjenige, der die Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung vor Ort setzt.

Daneben haben wir auch im Blick, dass es guter Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der sozialen und gesellschaftspolitischen Gestaltung unseres Gemeinwesens im **Ehrenamt** bedarf.

Frauen und Männer sind nicht nur im Beruf gleichberechtigt



Foto: Fotolia

8. Grau ist bunt – selbstbewusst und selbstbestimmt das Alter gestalten

„Wir haben unseren Job an den Nägel gehängt, nicht unser Leben.“

Henning Scherf, SPD, ehem. Bürgermeister der Hansestadt Bremen

Viele von uns haben die Chance bei guter körperlicher Verfassung älter zu werden. Dies ist kein Risiko, sondern eine Chance.

Viele treten voller Tatendrang aus dem Berufsleben in die Pensions- und Rentenphase. Sie nutzen die neu gewonnene Zeit, um sich durch Bildungsangebote und Reisen weiterzuentwickeln, oder sich gesellschaftlich in den unterschiedlichsten Bereichen einzubringen.

Die Palette reicht von den Bildungsangeboten der Volkshochschule, das Engagement als Stadtführer/in, in der Flüchtlingsarbeit oder als Sicherheitsberater/in bis hin zur Mitwirkung im **Theater „Antique“**, das als Seniorentheater ins Leben gerufen wurde und sich inzwischen zu einem generationenübergreifenden Theaterprojekt entwickelt hat.

Gerade generationenübergreifende Vorhaben sind von besonderem Wert, verfügen ältere Menschen doch über ein umfangreiches Wissen, einen großen Erfahrungsschatz, aber auch zeitliche Ressourcen. Dieses Potential wollen wir nutzen und für die Weiterentwicklung des über Generationengrenzen hinausgehenden Miteinanders. Das kann in **Wohnprojekten**, wie dem von der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft realisierten Wohnprojekt in der Wetzlarer Taunusstraße erfolgen oder mittels des vom Jugendamt der Stadt begleiteten **Patenprogramm „Alt hilft Jung“** – ein gutes Beispiel für ein gelingendes und bereicherndes Miteinander von Menschen unterschiedlichster Altersgruppen. Wir haben dieses Programm, das junge Menschen insbesondere beim Übergang von der Schule in den Beruf begleitet, in den letzten Jahren ausgebaut und werden es auch in Zukunft weiterentwickeln.

Doch nicht allen ist die Möglichkeit gegeben, dass Alter ohne Handicaps und Unterstützungsleistungen Dritter zu gestalten. Dies gilt insbesondere für die zunehmende größer werdende Gruppe der hochaltrigen Menschen, die sich im Laufe des Lebens mit dem einen oder anderen Handicap arrangieren müssen.

Wir verfolgen das Ziel, dass Menschen so lange es verantwortbar möglich ist, in ihren angestammten Wohnungen und Quartieren leben, um ihre sozialen Kontakte möglichst lange pflegen zu können. Ambulante Dienste oder **Tagespflegeangebote**, so wie derzeit auch von dem städtischen Altenzentrum im Stadtteil Naunheim realisiert, entlasten die pflegenden Angehörige und ermöglichen die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege.

Sie sind bedarfsangemessen zu fördern. Zudem bieten wir in Wetzlar in dem unter unserer Verantwortung grundlegend sanierten **städtischen Altenzentrum** die Möglichkeit der **Kurzzeitpflege**, eines besonderen Pflegeangebotes für an **Demenz** erkrankte Menschen und für **Hörbehinderte** und **Gehörlose**. Die bedarfsangemessene Weiterentwicklung des Pflegeangebotes behalten wir im Blick.

Zukünftig müssen wir uns verstärkt mit **kultursensiblen Pflegeangeboten** für Menschen mit Migrationshintergrund auseinandersetzen. Sie haben sich unser Land oftmals als Arbeitsmigranten erschlossen, hier ihr Leben verbracht und leisten jetzt im Alter bei der Gestaltung des von ihnen benötigten Pflege- und Unterstützungsbedarfes erneut „Pionierarbeit“.

Die städtische Seniorenpolitik haben wir in den letzten Jahren gezielt weiterentwickelt. So wird der **Seniorenrat** durch eine Öffnung für in der Altenarbeit erfahrene Menschen, die sich einbringen wollen und einem eigenen **Antragsrecht** gegenüber dem Stadtparlament gestärkt.

Auch in Zukunft werden wir orientiert an Schwerpunktthemen arbeiten, Öffentlichkeit schaffen, um Menschen für diese Gesichtspunkte zu sensibilisieren. In den zurückliegenden Jahren haben wir uns des Themas **Demenz** und **Fragen der Mobilität im Alter** angenommen. Wetzlar ist Mitglied des Bundesprogramms „Lokale Allianz für Menschen mit Demenz“.

So steht beginnend mit dem Jahr 2016 die Zertifizierung von Einzelhandelsgeschäften auf unserer Agenda, die ein besonderes **seniorengerechtes Dienstleistungsangebot** unterbreiten.

Altenzentrum rundum saniert



9. Gelingende Integration – eine Chance für unsere Gesellschaft

„Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten. Zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum: Besinnt Euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willy Brandt

Dieses Zitat von Willy Brandt umreißt die aktuellen Herausforderungen in unserer Welt, die aus den Fugen geraten ist, in ganz besonderer Weise.

In Anbetracht der weltweit zunehmenden Bedrohung von Menschen durch Krieg, Terror, Not und nicht zuletzt auf dem Hintergrund der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bekennen wir uns zu dem Grundrecht auf Asyl und setzen dagegen auf das nur in den Kommunen erfahrbare solidarische und tolerante Miteinander, soweit ein dauerhaftes Bleiberecht im Einzelfall besteht. In den zurückliegenden Monaten haben viele Ehrenamtliche, Kirchen, soziale und caritative Organisationen, aber auch die Hilfsdienste mit ihrem nahezu unermüdlichen Dienst dazu beigetragen, dass die hier Schutz und Aufnahme suchenden Menschen betreut und begleitet werden konnten. Damit dieser Prozess gelingen kann, bedarf es der von der EU, dem Bund und dem Land zu setzenden klaren Rahmenbedingungen. Da ist zum einen die gesamteuropäische Verantwortung einzufordern, es bedarf eines klaren, transparenten und schnellen, dabei rechtsstaatlichen Anspruchs absolut genügenden Verfahrens und der Stärkung der Kommunen, damit die Herausforderungen der Integration vor Ort gemeistert werden können, ohne dass Menschen die heute schon die Hilfe und Unterstützung der Solidargemeinschaft benötigen, zurückstehen müssen.

Wetzlar hat auf diesem Feld als eine Stadt, in der nahezu ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund hat, in der über 12% aller Bewohner nicht über einen deutschen Pass verfügen und in der annähernd 120 Nationalitäten zusammenleben, einen ganz besonderen Erfahrungsschatz.

Als eine von sechs **Modellregionen** „**Integration**“ konnten wir in Wetzlar mit der Förderung des Landes modellhafte Integrationsbausteine erarbeiten, die in einem vom Stadtparlament beschlossenen „**Handlungskonzept**“ niedergelegt sind und in dem **Folgeprojekt** „**WIR**“ weiter ausgestaltet werden.

Aus dieser Arbeit resultiert die Einrichtung eines **Interkulturellen Rates**, in dem u.a. Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichsten Nationalitäten ihren Rat einbringen können. Sie repräsentieren das Bild unserer bunten Stadtgesellschaft.

Im Laufe der bevorstehenden Kommunalwahlperiode wollen wir auch erstmals einen **kommunalen Integrationspreis** ausloben, um besonders gelungene Integrationsprojekte zu würdigen.

Darüber hinaus wollen wir einen Beitrag zur **Integration der Menschen leisten, die aus Angst um ihr Leben aus ihrer Heimat fliehen mussten und in Deutschland Asyl suchen**, sich zu den Grundwerten unserer Verfassung bekennen und in unserem Land eine dauerhafte Bleibeperspektive haben.

In den zurückliegenden Monaten haben gerade viele Ehrenamtliche aus den Reihen der Kirchen und Sozialverbände, aber auch sehr engagierte Einzelpersonen dazu beigetragen, dass Schutzsuchende in unserer Stadt ein „**Willkommen**“ verspürt haben. Diesem großartigen Engagement vieler Menschen aus unserer Stadt zollen wir unseren Respekt.

Doch neben dem ersten Schutz und der Sicherung der elementaren Grundbedürfnisse müssen Bund und Land den Kommunen auch die Ressourcen gewährleisten, damit der Integrationsprozess erfolgreich durchgeführt werden kann. Neben dem Wort „Wir schaffen das“ muss die Aussage stehen können „Wir tun es“. Und wir tun es, ohne die **gesellschaftliche Balance in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen** zu gefährden.

Das beginnt bei der Vermittlung der **Sprachkompetenz**, der Versorgung mit Plätzen in den Kindertagesstätten und den Schulen und reicht über die Integration in den Arbeitsmarkt und die Schaffung von ausreichendem Wohnraum. Hier sind die Kommunen und hier ist die Stadt Wetzlar gefordert. Unsere **Volkshochschule** und die hiesigen **Wohnungsgesellschaften** tragen ganz maßgeblich zum Gelingen dieses Prozesses bei.

Diese Herausforderung können wir nur gemeinsam bewältigen, wenn wir sie mit Herz und Verstand annehmen und im Sinne des Ausspruches von Willy Brandt die richtigen Antworten geben.

Begeisterte Fans im Wetzlarer Stadion



Foto: Heiner Jung

10. Sicher leben in Wetzlar

„Die Menschen in unserem Bundesland haben ein Anrecht auf ein sicheres Leben. Ein Leben in Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Diese Sicherheit kann nur der Staat als Inhaber des Gewaltmonopols gewährleisten“

SPD Hessen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2009

Die solidarische Stadt ist eine sichere Stadt. Je sicherer und attraktiver das Wohnumfeld ist, desto attraktiver ist unser Gemeinwesen für alte und neue Wetzlarerinnen und Wetzlarer.

Die Wetzlarer **Freiwilligen Feuerwehren** leisten einen engagierten und hochqualitativen Beitrag, damit die Menschen in unserer Stadt sich sicher fühlen können. Wir werden auch in der Zukunft dafür sorgen, dass die Freiwilligen Feuerwehren als eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements über gute Rahmenbedingungen verfügen, damit sie im Falle des Falles qualifiziert Hilfe leisten können aber auch für die Nachwuchsarbeit attraktiv sind. Der Neubau des Feuerwehrhauptstützpunktes (Wache I) ist dabei in den bevorstehenden Jahren eine besondere logistische und finanzielle Herausforderung.

In den zurückliegenden Jahren konnten wir in Wetzlar Akzente setzen, um das Ehrenamt in der Feuerwehr attraktiv zu gestalten. Mit den Wehrführungen und der hauptamtlichen Leitung unserer Feuerwehren wollen wir diesen Weg weiter beschreiten und geeignete Maßnahmen implementieren.

Unsere Strategie zur **Kriminalitätsbewältigung** zielt auf das Zusammenwirken von familiären Netzen, Nachbarschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Institutionen. Der Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort messen wir eine große Bedeutung bei.

Ein Aspekt der Präventionsstrategie stellt die **Zusammenarbeit im Präventionsrat** mit den unterschiedlichsten Akteuren und Behördenvertretern dar. Diese

Strukturen und Kooperationsformen wollen wir stärken. Präventionsarbeit leisten aber auch die ehrenamtlichen **Sicherheitsberater**, deren Engagement von uns weiter gefördert wird.

Die **öffentliche Jugendhilfe** wird auch weiterhin zur Vorbeugung von Kriminalitätsdelikten Angebote in einem gewaltfreien Umfeld, wie in Sport-, Umwelt – oder Sozialprojekten machen.

An der Schnittstelle zur **Stadttraumgestaltung** werden wir darauf hinwirken, dass von den Menschen als „Angsträume“ empfundene öffentliche Bereiche eine Aufwertung erfahren oder mit der erforderlichen Technik ausgestattet werden, damit sie in Zukunft angstfrei genutzt werden können. Die oberirdische, barrierefreie **Leitzplatzquerung** stellt eine Alternative zur Unterführung dar, die von vielen insbesondere in den weniger stark frequentierten Zeiten als Angstraum erlebt wurde.

Projekte und Aktivitäten, die auf eine Stärkung demokratischer Strukturen und der **Zivilcourage** zielen und helfen ein Klima zu schaffen, das auf die Unterstützung und gezielte Hilfestellung in Gefahrensituationen zielt, werden wir nachhaltig fördern.

Wetzlar ist eine **weltoffene** Stadt. Daher erteilen wir allen antidemokratischen, rassistischen Erscheinungen eine Absage. Gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis engagiert sich unsere Stadt in dem Bundesprogramm „**Demokratie leben**“, um Projekte zur Partizipations- und Demokratieförderung zu stärken.

Lina-Muders-Preis für die Streetworker



Foto: Heiner Jung

11. Stadtentwicklung – Wetzlar bewegt sich – wir setzen unsere konzeptionelle Arbeit fort

„Planung ohne Ausführung ist meistens nutzlos – Ausführung ohne Planung ist meistens fatal“

Willy Meurer, deutsch-kanadischer Publizist

Zukunftsorientierte Stadtplanung wird Antworten auf den demografischen Wandel und die veränderte Zusammensetzung unserer Gesellschaft geben müssen. Wir begreifen daher Stadtentwicklung stets auch als einen dynamischen Diskussionsprozess, in den sich möglichst alle Wetzlarerinnen und Wetzlarer einbringen können.

Das in der zu Ende gehenden Wahlperiode vom Wetzlarer Stadtparlament verabschiedete **Innenstadtentwicklungskonzept** hat die Funktion eines **Masterplans** für den Innenbereich unserer Stadt. Von dieser planerischen Gesamtvorstellung ausgehend, werden die Teilkonzepte für die Bahnhofstraße, zum Einbezug der Flüsse Lahn und Dill in den Lebens- und Erlebnisraum Stadt und zur Fragestellung des Parkens in der Innenstadt entwickelt. All dies erfolgt mit der Möglichkeit, dass sich die Wetzlarerinnen und Wetzlarer mit ihren Ideen und Anregungen einbringen können.

Dieses Konzept war in der Vergangenheit bereits maßgeblich für zukunftsweisende Entwicklungen. Stichworte sind die **IKEA-Ansiedlung**, die Erarbeitung eines Bebauungsplanes für den bisher doch sehr notleidenden Lahnhof, der künftig für Wohnzwecke an der Lahn, aber auch als öffentlicher Raum dienen soll, oder aber die **Errichtung eines Hotels an der Arena**, die **Bebauung im Bereich der Inselstraße und der Hintergasse** sowie die abschließende **Gestaltung des bisherigen Busparkplatzes am Bahnhof**.

Komplettiert wird diese Entwicklung durch die von uns herbeigeführte Klärung der Zukunft des **Stadthauses am Dom**. Hier werden ein Abriss und eine Neubebauung auf der Grundlage eines transparenten Planungsprozesses und damit eine Stadtreparatur erfolgen.

Mit dem **Entwicklungskonzept für das Parken in der Innenstadt**, aber auch der neu erarbeiteten **Stellplatzsatzung** tragen wir dazu bei, den Bereich der Altstadt als

Erlebnis- und Einkaufsbereich zu stärken und als Wohnquartier aufzuwerten. Dieses Parkkonzept macht deutlich, dass die Stellplatzversorgung in Wetzlar, so auch in der Altstadt gut ist und mit begleitenden Maßnahmen der Werbung und Ausschilderung, die wir gezielt angehen werden, den Standort Wetzlar stärken kann. Stichworte sind die Vereinheitlichung der Nutzungsdauern für Stellplätze, gerade im zentralen Bereich der Altstadt, die Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen, die Vereinheitlichung der Tarifstruktur.

Ein **Einzelhandelskonzept** ist in der Vorbereitung und ein **Spielhallenkonzept**, das künftig die ungesteuerte Ausdehnung von Spielhallen eindämmen soll, wird in Kürze vorgelegt und bietet die Handlungsgrundlage für weitere Maßnahmen.

Die zukünftige Entwicklung unserer Stadt in ihrer Gesamtheit ist ganz maßgeblich aber auch durch ein abgewogenes **kommunales Flächenmanagement** gekennzeichnet, das den Bedürfnissen als Wohn- und Wirtschaftsstandort, als Erlebnisbereich und als Raum, der unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichert und aufwertet, zu betrachten. Auf diese Aspekte gehen wir in separaten Abschnitten des Wahlprogramms ein. Alle Aussagen des Programms sind aber dadurch geprägt, dass wir sie auf der Grundlage konzeptioneller, das gesamte Gemeinwesen in den Blick nehmender Betrachtungen vorantreiben wollen. So haben wir in die Stadtentwicklung Wetzlars auch für Außenstehende Bewegung bringen können. Das ist gut so. Diese Dynamik werden wir erhalten und für die Weiterentwicklung Wetzlars nutzen.

Wir haben den **flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets** in Wetzlar initiiert und umgesetzt. Für die kommende Wahlperiode streben wir an, dass auch ein **Open-WLAN-Netz** mindestens an stark frequentierten Punkten und touristisch interessanten Bereichen der Stadt vorgehalten wird.

Neugestaltung des ehemaligen Zementwerks. Bald wird dort ein neuer Ikea-Markt errichtet.



Foto: Heiner Jung

12. Stadtteile und Stadtbezirke prägen den Charakter unserer Stadt

„Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“

Dr. Matthias Miersch, SPD, MdB

Wie die Kernstadt und ihre Stadtbezirke prägen auch die ehemals selbstständigen Gemeinden und heutige Stadtteile mit ihrer Geschichte, dem in den Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden sich widerspiegelnden Engagement der Einwohnerschaft das Bild unserer Stadt.

Dies ist ein großer Wert, den es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt. Dabei unterstützen wir die örtlichen Gemeinschaften, die Stadtteilbeiräte mit den Stadtbezirkskonferenzen (offene Bürgerforen), wie auch die Ortsbeiräte.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass wir möglichst **gleichwertige Lebensbedingungen** in unserer Stadt und damit auch in unseren einzelnen Stadtbezirken und Stadtteilen gewährleisten. Dabei sind die vorliegenden Sozialdaten, die mittels des **Sozialstrukturatlas** dokumentiert werden, handlungsleitend.

Nach den Stadtbezirken Westend/Silhöfer Aue und Niedergirmes, konnten wir die Aufnahme des Quartiers Dalheim/Altenberger Straße in das Bund-Länder-Pro-

gramm **„Soziale Stadt“** erreichen. Neben der Aufwertung der städtebaulichen Infrastruktur kann in diesen Bereichen mit besonderem Entwicklungsbedarf in die Aufwertung der sozialen Infrastruktur unter Beteiligung der im Stadtbezirk engagierten Vereine, Verbände, Institutionen und der interessierten Bewohnerinnen und Bewohner investiert werden.

Inzwischen haben wir die **Breitbandversorgung (schnelles Internet)** flächendeckend für das gesamte Stadtgebiet realisieren können. Gerade vor dem Hintergrund der im Alter schwindenden Mobilität werden wir der Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs, der Gewährleistung der ärztlichen Betreuung und dem Erhalt eines angemessenen öffentlichen Nahverkehrsangebotes weiter unsere Aufmerksamkeit schenken.

In den Stadtteilen, in denen wir aufgrund der Fördergebietsabgrenzung die Möglichkeit haben, nutzen wir auch die **LEADER-Förderung** um nachhaltige Entwicklungen zur Förderung der ländlich geprägten Wirtschaft anzustoßen

13. Wohnraum für alle

„Die öffentliche und private Wohnungswirtschaft hat im Rahmen der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem und passgenauem Wohnraum eine große Bedeutung und Verantwortung.“

SPD-Bundestagsfraktion

Wir haben die **Wohnungspolitik** in der Stadt als ein Schwerpunktthema definiert und werden mit den städtischen Gremien Festlegungen treffen, wie wir uns strategisch aufstellen.

Nicht erst durch die Flüchtlingsproblematik verschärfen sich die Herausforderungen. Das Interesse vieler Menschen aus dem Umland, in die Stadt zu ziehen, weil es hier in den unterschiedlichsten Bereichen attraktive Angebote gibt, tut ihr Übriges. Zudem hat sich das Haushaltsbildungsverhalten der Menschen verändert. Der Bedarf an Wohnungen für Einzelpersonen oder Alleinerziehende mit Kindern hat sich spürbar verändert.

Auf dem Weg zur Erlangung von Wohnungseigentum verfolgen wir unterschiedliche Herangehensweisen. Zum einen ist die gezielte, **abgewogene Erweiterung von Siedlungsflächen** genannt. Dazu gehört auch die abschließende Bebauung im Westend. Zum zweiten

nehmen wir die Bestandgebäude in den Blick und fördern mit dem **Programm „Jung kauft alt“** den Erwerb von Gebrauchtimmobilen, insbesondere durch junge Familien.

Und als weiteres Standbein muss der **Soziale Wohnungsbau** zielgerichtet weiterentwickelt werden. Durch Nachverdichtungen auf den bereits wirtschaftlich genutzten Flächen, aber auch durch die Bereitstellung weiterer geeigneter Liegenschaften ist die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass weitere Wohneinheiten errichtet werden, die der Sozialbindung unterliegen.

Die Bereitstellung von gutem und bezahlbarem Wohnraum ist eine Kernkompetenz unserer **Wohnungsbau-gesellschaften**. Sie sind unser Partner. Daher werden wir die bevorstehenden Schritte in enger Kooperation mit den Gesellschaften gehen.

14. Unsere Lebensgrundlagen sichern

„Ich warne davor, zu glauben, dass der Markt die Umwelt alleine in den Griff bekommt – dies ist geradezu ein Paradebeispiel für öffentliche Verantwortung.“

Willy Brandt

Neben der lokalen Energie- und Klimaschutzpolitik und der Mobilität in der Stadt, Themen, denen wir eigene Kapitel gewidmet haben, ist der Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz eine wesentliche Komponente, um das reiche Natur- und Kulturerbe, das unseren Lebensraum kennzeichnet, zu erhalten. Hierzu bedarf es, um das Wort von Willy Brandt aufzugreifen, der öffentlichen Verantwortung. Dieser Verantwortung wollen wir auch in unserer Stadt gerecht werden.

Bei dem Handeln vor Ort ist der Blick darauf zu richten, welcher Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt geleistet werden kann, um dem zunehmend zu beobachtenden Rückgang der Artenvielfalt entgegen zu wirken. Die **Biodiversität** steht im Mittelpunkt unserer umweltpolitischen Aktivitäten.

Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss, heißt es in den grundlegenden Aussagen der **Europäischen Wasserrahmenrichtlinie**. Wir haben in den letzten Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir auch in Wetzlar mit dem erforderlichen Fachpersonal einen qualifizierten Beitrag leisten können, um sowohl Oberflächengewässer als auch das Grundwasser zu schützen und dafür auch die Möglichkeit zu nutzen, bereitstehende Fördermittel zu erlangen.

Was die **Siedlungsentwicklung** anbelangt, so gilt es als Allgemeingut, dass es mit Rücksicht auf den Erhalt der Lebensgrundlagen keinen ungebremsten Flächenverbrauch geben kann, um **Wohnbauflächen und gewerbliche Entwicklungsgebiete** zu schaffen.

Wir haben in der Zeit unserer Verantwortung für Wetzlar mögliche Gebiete für die **Wohnbau- und Gewerbeflächenerweiterung** unter Beachtung objektiver Kriterien identifiziert und durch das Stadtparlament bestätigen lassen. Damit stehen andere Gebietsentwicklungen nicht auf der Agenda. Bei der Aufschließung dieser Flächen ist ein besonderes Augenmerk auf die Frage der energetischen Versorgung der jeweiligen Objekte, die Ausweisung geeigneter Ausgleichsflächen und auf die gute Anbindung an den ÖPNV zu legen.

Mit Blick auf das **Grünflächenangebot** in der Stadt: Noch haben wir viel Grün in Wetzlar, noch haben wir die Möglichkeit, dies nicht nur zu erhalten, sondern seine Qualität auch noch zu verbessern. Dazu ist es nötig, vorhandene

Grünflächen weiter untereinander zu vernetzen und so ausgedehnte Grünzüge zu ermöglichen, innerhalb größerer Siedlungsflächen auch Inseln wildbelassener Natur zuzulassen oder zu schaffen.

Die Zuständigkeit für die Aufstellung des **Lärmaktionsplans** liegt für die Stadt Wetzlar bei dem Regierungspräsidium Gießen. Dessen ungeachtet bringt die Stadt Wetzlar unter unserer Verantwortung ihre Belange wirkungsvoll ein, um die Möglichkeiten nutzen, die Geräuschbelastung, die insbesondere von Autostraßen und Eisenbahntrassen, aber auch der industriellen Produktion ausgeht, möglichst gering zu halten. Daneben gehören Beratungen über Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden, Maßnahmen zur Verkehrsverminderung, aktive bauliche Maßnahmen wie lärmindernder Fahrbahnbelag zu den einzusetzenden Werkzeugen. Hier sind Bund und Land mit Blick auf die von ihnen getragenen überregionalen Verkehrswege besonders gefordert. Im Zuge des Ausbaues der **Talbrücke Münchholzhausen** entlang der A 45 wird der Lärmschutz für den Stadtteil spürbar verbessert. Bezüglich des **Stadtteils Garbenheim** und die von der **B49** ausgehende Lärmentwicklung, haben wir uns klar zu einer Mitfinanzierung der von Bund und Land nicht finanzierbaren Lückenschlüsse bekannt. Hier stehen die Entscheidungen zu den Planungsgrundlagen seitens der übergeordneten Straßenbaubehörden aus.

Über den vorhandenen Lärmschutz an der B 49 in Höhe der Ortslage **Dalheim** hinaus sehen sich Bund und Land ganz offensichtlich nicht in der Verantwortung zur Lärminderung. Wir werden auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen prüfen, ob und zu welchen Konditionen über die bereits geplanten Maßnahmen hinaus weitere Lärmschutzmaßnahmen zu realisieren sind.

Was die **Feinstaubbelastung** anbelangt, so besteht das vielfach in städtischen Verdichtungsräumen auftretende Problem dem Grunde nach auch in Wetzlar. Einzelne innenstadtnahe Betriebe haben inzwischen in die Optimierung ihrer Abluftanlagen investiert. Die Stadt selbst hat mit der Modernisierung der Busflotte des stadteigenen Nahverkehrsunternehmens sowie durch attraktivitätssteigernde Maßnahmen einen Beitrag zur Reduktion der Belastungswerte erbracht. Darüber hinaus wollen wir Anreize schaffen, um stark emittierende Heizungsanlagen durch moderne Anlagen zu ersetzen. Auf diesem Feld sehen wir in besonderen Maße Betätigungsmöglichkeiten für die **enwag**.

15. Lokale Energie- und Klimaschutzpolitik

„Die Methode der Physik geht nur die Physiker an, die Auswirkungen alle Menschen. Was alle angeht, können nur alle lösen.“

Friedrich Dürrenmatt, „Die Physiker“

Auch dieses Themenfeld sind wir unserer Vorgehensweise entsprechend, konzeptionell angegangen und haben unsere Zielsetzungen in einem kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzept festgelegt.

Getragen von der **enwag** wurde für die Stadt Wetzlar in Kooperation mit den Städten Asslar, Leun und Solms ein **Energie- und Klimaschutzkonzept** erarbeitet. Davon abgeleitet hat die Stadtverordnetenversammlung erstmals **energiepolitische Zielsetzungen** für Wetzlar beschlossen.

Auf dieser Basis wird die Errichtung eines **Windparks** im Gemarkungsbereich Blasbach/Hermannstein vorangetrieben. Bei den unter unserer Verantwortung errichteten Neubauten und Sanierungen von Kindertagesstätten wurde **Photovoltaik** eingesetzt. Wir haben die Grundlagen geschaffen, unseren Immobilienbestand, beginnend mit den Kindertagesstätten energetisch zu optimieren.

Die Straßenbeleuchtung wird Zug um Zug auf **LED-Technik** umgestellt. Bei den Lichtzeichenanlagen ist dieser Schritt vollzogen. In der Umsetzung halten wir gerade auch angesichts der kommunalen Finanzausstattung Contractingmodelle für sinnvoll. Wir streben an, dass sich auch die **enwag** zukünftig stärker als bisher als Contractor betätigt.

Wir begleiten in Kooperation mit der GEWOBAU die Erarbeitung des **energetischen Quartiersentwicklungskonzeptes** für den Bereich Johanneshof/Römerstraße.

Im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Solms haben wir die ganz maßgeblich durch den Bund finanzierte Stelle einer **„Klimaschutzmanagerin“** geschaffen. Sie hat die Aufgabe, die Strategie der Stadt auf diesem Handlungsfeld weiter zu entwickeln und konkrete Maßnahmen, auch der Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für dieses zentrale Thema voranzutreiben.

Die **enwag** hat ein erstes **Strategiepapier** entwickelt und zur Grundlage ihrer unternehmenspolitischen Ausrichtung gemacht, um als lokales Unternehmen einen spürbaren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Mit der Thüga, inzwischen ein kommunal getragenes Unternehmen, das Miteigentümerin der **enwag** ist, werden wir die **Strategieentwicklung** vorantreiben und konsequent umsetzen, um die **enwag als lokalen Energiedienstleister** zu positionieren.

Dazu gehören neben Investitionen in Techniken der regenerativen Energieerzeugung die Kraft-Wärme-Kopplung, oder der Betrieb von Nah- und Fernwärmeversorgungseinrichtungen.

Es kann nicht oft genug betont werden, dass die **Wasserversorgung in kommunaler Hand** bleiben muss. Diese Position wollen wir auch an dieser Stelle nochmals verdeutlichen, da es in der Vergangenheit in der Europäischen Union aus wettbewerbspolitischer Sicht immer wieder Ansätze gab, die Wasserversorgung auch in private Hände legen zu können.

Was die Darbietung dieser Leistung nach dem noch unter Verantwortung von CDU und FDP geführten Wasserkartellverfahrens und die daraus resultierenden Organisationsentscheidungen anbelangt, so prüfen wir aktuell und intensiv die damals gewählten Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

Die Lahnaue



Foto: Heiner Jung

16. Mobilität in der Stadt

„Die Verkehrspolitik aller Industriestaaten steckt in der Sackgasse. Gibt es einen Ausweg in die Zukunft?“

Franz Alt, deutscher Publizist

Die Sicherung von Mobilität ist eine wichtige **Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Stadt**. Wir arbeiten engagiert an einer möglichst **gleichberechtigten Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer**, egal, ob sie zu Fuß, mit dem ÖPNV, dem Fahrrad, dem Auto oder dem motorisierten Zweirad unterwegs sind. Eine gesündere Stadt, eine menschlichere Stadt: das geht eigentlich nur durch Reorganisation des städtischen Verkehrs, der noch viel zu sehr auf das Auto ausgerichtet ist.

Ein qualitativ hochwertiger und bezahlbarer **öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat** eines nachhaltigen städtischen Verkehrssystems. Zuverlässigkeit, Information, Sicherheit, leichte Zugänglichkeit, die Vermeidung von Umsteigebeziehungen sowie eine gute Verzahnung mit dem Bahnverkehr sind grundlegende Voraussetzungen für die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs.

Gerade auf **Menschen mit Behinderungen** müssen wir besonderes Augenmerk legen, wenn es um die Voraussetzungen geht, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Durch die fortgesetzte Modernisierung der eingesetzten Omnibusse (Niederflurtechnik), aber auch die ihren Ansprüchen gerecht werdende bauliche Modernisierungen der Bushaltestellen konnten wir nachhaltige Fortschritte erreichen und werden diesen Weg auch weiter verfolgen.

Nicht zuletzt aufgrund unserer Initiative wurde gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis erstmals ein **Fahrgastbeirat** gebildet. Die Anregungen aus diesem Gremium sind wertvoll. Daher werden wir den Fahrgastbeirat weiter fördern.

Neben dem Ausbau des ÖPNV bieten verbesserte Bedingungen für den **Fahrradverkehr** ein großes Potential, das im Zuge der Reorganisation des städtischen Verkehrs genutzt werden muss. Wesentliche Akzente konnten wir gemeinsam mit dem inzwischen etablierten **Radverkehrsbeauftragten**, der sich ehrenamtlich in Planungen und Entscheidungsprozesse der Straßenverkehrsbehörde einbringen kann, setzen. Er stellt die Verbindung zu den Radfahrerinnen und Radfahrern dar und bringt ihre Belange ein.

Verbesserungen der Radverkehrsinfrastruktur konnten auf den Weg gebracht werden (u.a. Radweg entlang der Arena), Schaffung der Voraussetzungen für den Lückenschluss zwischen der Hintergasse und dem Haarplatz entlang der Lahn, Aufstellung von Aufbewahrungsboxen für Fahrräder in der Innenstadt,

Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenfahrtrichtung, Kennzeichnung von Absperrpollern auf den Radwegen zur Vermeidung der Unfallgefahren, Ausweisung von Mountainbike-Stecken mit ihrem Profil im Rahmen der Internetpräsenz der Stadt. Diesen eingeschlagenen Weg werden wir konsequent weiter verfolgen.

Dazu gehört auch die Vorstellung, den Radfahverkehr gezielt mit dem Busverkehr im Stadtgebiet zu verknüpfen, um den topographischen Herausforderungen unserer Stadt gerecht werden zu können. In der Förderung des Einsatzes von **„E-Bikes“** und dem Aufbau von Verleih- und Rückgabestationen durch den Handel sehen wir einen nachhaltigen Beitrag zur weiteren Steigerung des Anteils des Fahrradverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen.

Die **Stellplatzsatzung** wird derzeit angepasst und um Regelungen ergänzt, die vorschreiben, dass ganz selbstverständlich auch Abstellplätze für Fahrräder bei Neubauten und Nutzungsänderungen zu schaffen und nachzuweisen sind.

Der **motorisierte Individualverkehr** mit dem PKW oder dem Zweirad wird auch weiterhin eine große Bedeutung haben, zumal sich angestrebte Veränderungen nicht kurzfristig erreichen lassen.

Die insbesondere mit dem PKW-Verkehr einhergehenden Belastungen, gerade in den Zeiten des Berufsverkehrs gilt es durch **intelligente Lösungen** zu entzerren. So können optimierte Ampelsteuerungen, zusätzliche Kreisverkehrsplätze, veränderte Verkehrsführungen (Stichwort: Einbahnregelung Karl-Kellner-Ring) und versetzte Anfangszeiten der Oberstufen- und Berufsschulen in der Stadt zu einer Entzerrung sowie zu einer Verminderung von Lärm und Immissionen führen.

Dazu zählen wir auch die Anbindung des Stadtteils Duthofen an die B 49.

Die in Wetzlar immer wieder diskutierte **Westumfahrung** mit dem Westanschluss, der Westtangente und der sogenannten „Laufdorf-Spange“, die eine Verbindung nach Schöffengrund und in das südliche Umland ermöglicht, wird in naher Zukunft nicht zuletzt in Ermangelung der finanziellen Voraussetzung nicht zu erreichen sein. Auch ökologische Aspekte stehen derzeit dem entgegen.

17. Wetzlar als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort stärken

„Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik werden immer in einem Atemzug genannt. Sie sind ein bestimmendes Querschnittsthema in deutschen Rathäusern.“

Deutsches Institut für Urbanistik

Wetzlar hat sich in den letzten fünf Jahren als **Hochschul-, Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort** festigen und weiter entwickeln können. Neben leistungsfähigen Handwerksbetrieben und mittelständigen Unternehmen stellen die vom Lahn-Dill-Kreis getragenen Lahn-Dill-Kliniken die Gesundheitsversorgung der Menschen in Wetzlar auf hohem Niveau sicher. Wir treten dafür ein, dass die Krankenhausversorgung auch in der Zukunft in öffentlicher Hand bleibt und die im Gesundheitswesen Beschäftigten über gute Rahmenbedingungen zum Wohle der anvertrauten Patientinnen und Patienten verfügen.

Die Rückkehr des Traditionsunternehmens **Leica** an den Standort Wetzlar und die geplante Erweiterung des Leitz-Parks (Abschnitt IV) ist ebenso Beleg für diese Feststellung, wie auch die attraktive Nachfolgenutzung des Geländes von ehemals HeidelbergCement durch die Ansiedlung des **IKEA-Marktes**, der Anfang 2017 eröffnet wird.

Entlang der Inselstraße bis hin zur **Rittal-Arena** zeigen sich positive Entwicklungen mit der neuen **Wohnbebauung** und der Errichtung eines **Hotels** an der Arena. Die Bereitschaft des Eigentümers des **Lahnhofes** nun die Zukunft dieser Problemimmobilie gezielt anzugehen, ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Wir haben diesen Prozess durch die Schaffung der bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen und die Überarbeitung des geltenden Bebauungsplanes aktiv gestützt.

Die **duale Hochschulausbildung der Technischen Hochschule Mittelhessen** hat sich zur Erfolgsgeschichte entwickelt und ist überregional eng mit dem Namen unserer Stadt verbunden. In absehbarer Zeit wird die **Stiftungsprofessur Optik** in Wetzlar etabliert werden. Dies war nur möglich, weil das **Netzwerk „Optik“** sehr gute Arbeit leistet und darauf aufbauend viele

heimische Unternehmen Bereitschaft gezeigt haben, Gelder für diesen Lehrstuhl bereit zu stellen. Sie haben ihr Engagement von einer Standortentscheidung „pro“ Wetzlar abhängig gemacht.

Zur Stärkung der Standortqualität trägt auch die inzwischen realisierte **flächendeckende Breitbandverkabelung** bei. Davon profitieren Wirtschaftsunternehmen in unserer Stadt ebenso, wie die privaten Haushalte.

Äußerst positiv bewerten wir auch die von dem Kreis vorangetriebene **Sanierung und Erweiterung des Schulzentrums** bestehend aus der Goethe-Schule, der Käthe-Kollwitz-Schule und der Theodor-Heuss-Schule. Diese seit Jahren ausstehende bildungspolitische Entscheidung ist für den Standort Wetzlar mit seinen Ausbildungsbetrieben von besonderer Bedeutung.

Zudem entwickelt sich der **Tourismus** in Wetzlar überaus gut. Die Zahl der Übernachtungen stieg erstmals auf über 200.000 an. Das Angebot an Stadtführungen wird zunehmend gerne angenommen. Auf diesem Fundament kann weiter aufgebaut werden, um den Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor zu stärken. Dafür treten wir ein.

Auch in der Kommunalwahlperiode 2016 bis 2021 werden wir durch Entwicklungsperspektiven für die am Standort etablierten Unternehmen und gute Rahmenbedingungen für die Neuansiedlung von Betrieben den Standort Wetzlar weiterentwickeln um den engagierten und leistungsfähigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute Perspektiven zu eröffnen. Dazu dient der offene und faire Austausch mit der Industrie- und Handwerkskammer, der Handwerkerschaft und den einzelnen Betrieben und Unternehmen.

Leitz-Park



Foto: Heiner Jung

18. Wetzlar – die Stadt des Sports in Mittelhessen

„Der Sport ist eine der bedeutendsten gesellschaftlichen Bewegungen und spielt im Leben vieler Menschen und Kulturen eine entscheidende Rolle.“

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD

Wetzlar verfügt über eine große Palette attraktiver und leistungsfähiger Sportvereine mit engagierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern. Die Spanne reicht vom **Breiten- über den Behinderten- bis zum Spitzensport**. Zudem konnten wir als Ausrichter großer Sportveranstaltungen – seien es **Handball-, Basketball- und Fußballländerspiele oder Deutschen Meisterschaften** in den unterschiedlichsten Disziplinen mit **Unterstützung vieler Ehrenamtlicher** immer wieder eine gute Visitenkarte abgeben und uns für die Ausrichtung weiterer Veranstaltungen empfehlen. Damit haben wir dazu beigetragen, die Stellung Wetzlars als die **mittelhessische Sportstadt** schlechthin zu bestärken und weiterzuentwickeln. Das **Sportamt**, das unter unserer Verantwortung gestärkt wurde, leistet wertvolle Arbeit und ist wertgeschätzter Partner der Vereine und Fachverbände. **Breiten- und Spitzensport bedingen einander.**

Ohne die Basisarbeit im Breitensport gäbe es nicht die guten Grundlagen für den Leistungssport. Und ohne die Vorbildfunktion des Leistungssports fänden viele, gerade jüngere Menschen keinen Zugang zur sportlichen Betätigung. Der Sport vermittelt ein positives Lebensgefühl, fördert und stabilisiert die gesundheitliche Entwicklung von Kindesbeinen bis ins hohe Alter. Und wie keine andere gesellschaftliche Bewegung unterstützt der Sport die Integration.

Daher halten wir auch weiterhin an den bewährten Sportförderrichtlinien fest. Auch in finanziell angespannten Zeiten stellen wir das Förderbudget in dem bisherigen Umfang bereit, wissen wir doch, dass diese Mittel gut angelegt sind.

Die **Sportstätteninfrastruktur** entwickeln wir auf der Basis einer Bestands- und Bedarfserfassung unter Beachtung der zukünftigen Trends und in Kooperation mit den nutzenden Vereinen fort. Was die Finanzierbarkeit und die Vermarktung der Einrichtungen anbelangt, so

werden mehr denn je innovative Modelle gefragt sein. Wir haben von den früher in der Verantwortung stehenden politischen Kräften in der Stadt Wetzlar die Problematik übernommen, dass das **Freibad „Domblick“** über einen immensen Sanierungstau verfügt. Je nach Ausgestaltung sind nach der vorgelegten Sanierungsstudie zwischen 6,4 und 7,4 Mio. Euro aufgerufen, will man die Grundstruktur des Bades mit einem attraktiven Schwimmbereich, einem Nichtschwimmerbecken und einem Sektor für Familien mit Kleinkindern erhalten. Trotz der unumstrittenen sozialen und gesundheitsfördernden Funktion und der recht günstigen Eintrittsentgelte öffentlicher Bäder hat sich nicht nur in Wetzlar das Freizeitverhalten verändert. Zugangszahlen zu den Bädern sind rückläufig, gerade die Erwartungen an das Freibaden sind in ständiger Veränderung.

Daher gilt es vor einer finanzaufwändigen Entscheidung die Ausgangslage klar zu bestimmen und möglichst nachhaltig zu investieren. Wir haben daher zur Frage der Zukunft des „Freibade(n)s“ die Einwohnerschaft mittels eines umfänglichen Beteiligungsverfahrens einbezogen. Es wird mit einem **„Bürgergutachten“** abschließen. Das Ergebnis dieses Partizipationsprozesses werden wir achten.

Die städtischen Sportstätten sind in einen guten, den Nutzungsbedürfnissen entsprechenden **Pflegezustand**. Nicht zuletzt die Vereine, die sich auf der Grundlage des entwickelten Programms **„Hand in Hand für den Sport“** an der Pflege der von ihnen genutzten Sportanlagen beteiligen, tragen dazu maßgeblich bei.

Die Ehrung **erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler** – sie sind Botschafter unserer Stadt – genießt im gesellschaftlichen Leben Wetzlars eine große Aufmerksamkeit. Diese Veranstaltung, die ihren festen Platz im Jahreskalender hat, führen wir fort und setzen zu ihrer Weiterentwicklung immer wieder zeitgemäße Akzente.

Spitzensport bei den Deutschen Meisterschaften im Tischtennis in der Rittal-Arena



Foto: Heiner Jung

19. Städtepartnerschaften – wir bauen am Haus Europa

„Für den europäischen Einigungsprozess sind die über 5.000 Städtepartnerschaften in Europa ein wichtiger Baustein. Sie fördern das gegenseitige Kennenlernen der Menschen und stärken das Zusammenwachsen Europas.“

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Wetzlars Partnerschaften mit **Avignon, Berlin-Neukölln, Colchester, Ilmenau, Reith, Schladming, Siena** und **Pisék** verkörpern die Einigung Europas, die sich in unterschiedlichen Epochen vollzogen hat.

Städtepartnerschaften sind ein Beitrag zur Völkerverständigung und zur Sicherung des Friedens. Wir sehen zu dem gemeinsamen Haus Europa keine Alternative. Allerdings müssen wir aber mit Sorge zur Kenntnis nehmen, dass der europäische Gedanke gerade in unserer sich verändernden Welt in starkem Maße gefährdet ist.

Die Entwicklungen in Griechenland, aber auch die Auseinandersetzungen um eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge belegen, dass die europäische Krise weit mehr als eine Währungs- und Finanzkrise ist. Die Zukunft Europas wird deshalb davon abhängen, ob die Nationalstaaten

künftig die erforderliche Solidarität und den nötigen Zusammenhalt aufbringen oder nicht. Europa braucht eine gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion. Städtepartnerschaften sind daher ein wichtiger Baustein im konstruktiven Dialog um ein geeintes Europa.

Daher wollen wir diese Ideale weiter bestärken und mit Leben füllen. Gerade die **Partnerschaftsgesellschaften**, die den Austausch und die Begegnung zwischen den Menschen aller Altersklassen pflegen sind uns ein wichtiger Partner, der in seiner Arbeit auch in Zukunft unsere Unterstützung hat.

Aber auch der Verbindung nach **Dori in Burkina Faso** gilt unsere Aufmerksamkeit. Schließlich leben wir in einer Welt und sind auch als Kommune gefordert unseren Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen ein würdiges Leben führen können.

Schüler der Goetheschule als Gäste in Avignon



20. Kulturpolitik stiftet Kommunikation und Identität

„Kultur in Deutschland ist im Wesentlichen kommunale Kultur. Die kommunalen Kultureinrichtungen sowie die durch die Kommune geförderten Institutionen bieten den Menschen ein breites kulturelles Angebot, das die Pflege des kulturellen Erbes ebenso umfasst wie die Innovation.“

Auszug aus der Präambel des Deutschen Kulturrates

Die **vielfältigen kulturellen Angebote** und das kulturelle Engagement vieler Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt leisten einen vitalen Beitrag zum Lebenswert und zur Lebensqualität Wetzlars. Sie geben unserer Stadt ein unverwechselbares Gesicht, das weit über die Grenzen des heimischen Raumes Beachtung erfährt.

Diese Vielfalt wollen wir stärken und unterstützen. Dabei sollen sich kritische, utopische, provozierende und unterhaltsame Elemente ergänzen.

Eine freie, vielfältige und unabhängige Kunst- und Kulturszene hat eine wichtige soziale und gesellschaftspolitische Funktion und eine notwendige identitätsstiftende und integrative Aufgabe. Sich wandelnde politische und gesellschaftliche Faktoren stellen stets neue Anforderungen und erfordern neue Akzente durch eine der sozialen Gemeinschaft gegenüber verpflichtete, aktivierende, kreativitätsfördernde und identitätsstiftende Kulturpolitik.

Kommunale Kulturpolitik hat die Aufgabe den Rahmen und die Grundlagen zu bieten, damit sich diese Vielfalt entfalten kann. Kultur im Dialog – unter diesem Aspekt werden wir gemeinsam mit Kulturschaffenden in Wetzlar Leitlinien für das kulturelle Selbstverständnis unserer Stadt initiieren. Diese Leitlinien werden Perspektiven für die zukünftige städtische Kulturpolitik aufzeigen. Sie haben zugleich die Wirkung eines „Schutzschirms“ für das kulturelle Leben Wetzlars. Kultur darf nicht nur Feierabendgenuss für wenige pri-

viligierte Menschen sein, sondern muss allen die Beteiligung ermöglichen. Teilnahme an Kultur ist für uns ein Bürgerrecht.

Kulturelle Vermittlung und Bildungsarbeit spielen dabei eine entscheidende Rolle. Diese beginnt im Kindergarten und dauert ein Leben lang. Es ist und bleibt eine konstante Aufgabe, Menschen für Kunst und Kultur zu interessieren.

Kultur ist jedoch nicht nur die Umsetzung eines Bürgerrechts, sondern auch eine wichtige Investition in die Zukunft einer Stadt. Die städtischen Kulturangebote strahlen in das Umland hinaus und sind vielfach prägend für die ganze Region. Sie tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb einer Stadtgesellschaft bei.

Diese Angebote werden durch die **städtischen Museen**, das **Historische Archiv**, die **öffentlichen Büchereien**, das Bildungsangebot der städtischen **Volkshochschule** aber auch durch die Arbeit der **Wetzlarer Musikschule** und z. B. durch die **Wetzlarer Festspiele** und das **Kellertheater** komplettiert. Diese Einrichtungen stellen ein wesentliches Element unserer oberzentralen Funktion und einen unerlässlichen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge dar.

Sie genießen für uns einen hohen Stellenwert. Dies dokumentiert sich u. a. anderem daran, dass wir der Stadtbibliothek in neuen und größeren Räumen eine Entwicklungsperspektive bieten.

Die Wetzlarer Festspiele



Goethe-Mural am Lottehof



21. Kommunale Finanzen

„Wir waren alle von dem Virus infiziert, dass Steuersenkungen richtig sind und sich schon selber finanzieren. Für die Kommunen ist diese Rechnung aber nicht aufgegangen.“

Dr. Marc Hansmann, SPD, Finanzdezernent der Landeshauptstadt Hannover

Die **kommunale Finanzausstattung** wird ganz maßgeblich von den Rahmenbedingungen geprägt, die vom Land bereitgestellt werden. Nicht zuletzt sie sind für die Gestaltungsspielräume vor Ort bestimmend.

Entscheidungen, wie die von der früheren **CDU/FDP** geführten hessischen Landesregierung vorgenommene Kürzung des **Kommunalen Finanzausgleichs** um jährlich 360 Mio. Euro wurden von der **schwarz-grünen Landtagsmehrheit** nicht korrigiert. Im Gegenteil: Mit dem neu gestalteten Kommunalen Finanzausgleichsgesetz wurde keine den Aufgaben der Kommunen angemessene Finanzausstattung gewährt. Dies spürt auch die Stadt Wetzlar.

Die vom Land bestimmte, aber nicht auskömmliche Ausstattung trifft die kommunale Familie hart. Sie trifft Wetzlar in einer Phase, in der es gilt, die Infrastruktur, der von der Vorgängerkoalition in den früheren Jahren ihrer Verantwortung nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde, zu sichern und weiter zu entwickeln.

Durch die Tatsache der nicht unbeachtlichen Verschuldung der Stadt und die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse müssen die **Investitionsentscheidungen**, die vor Ort zu treffen sind, hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihrer Nachhaltigkeit, ihrem Nutzen für einen möglichst großen Anteil der Stadtgesellschaft, ihrer Demographiefestigkeit aber auch ihrer Folgekos-

ten für künftige Haushalte beurteilt werden. Wir wollen bei dieser Beurteilung die Menschen in der Stadt möglichst umfassend beteiligen.

Die SPD steht für eine solide Finanzpolitik und tritt dafür ein, dass **belastbare Informationen und Bewertungen, aber auch mögliche Alternativen vor der Entscheidung über Investitionsvorhaben** aufgezeigt werden. Aber auch die Entgelte und die Deckungsgrade der Gebührenhaushalte müssen in regelmäßigen Abständen überprüft und soweit erforderlich angepasst werden. Damit mussten wir in der zurückliegenden Wahlperiode beginnen, da in den Vorjahren dieser Aspekt von den damals Verantwortung tragenden nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wurde. Ansonsten werden die aus den jeweiligen Bereichen erwachsenden Unterdeckungen allen Wetzlarerinnen und Wetzlarern über die Steuern als allgemeine Deckungsmittel überantwortet, will die heutige Generation ihren Konsum nicht mittels Kassenkrediten zu Lasten künftiger Generationen finanzieren.

Jutta Thöne

Aus diesem Grunde brauchen wir einen intensiven Dialog in unserer Stadtgesellschaft über das was notwendig, wünschenswert und machbar ist. Das vielfach in der Stadt vermittelte Bild, um die städtischen Finanzen sei es zum Besten bestellt, war und ist bei Lichte betrachtet nicht wirklich zutreffend.

Blick vom Kalsmunt in Richtung Altstadt



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar



Jörg Kratkey



Bärbel Keiner



Udo Volck



Sandra Ihne-Könecke



Karlheinz Kräuter



Dr. Ulrike Göttlicher-Göbel



Klaus Tschakert



Andrea Volk



Hans Litzinger



Martina Heil-Schön



Christopher Bursukis



Ingeborg Koster



Günter Pohl



Sibille Hornivius



Tim Brückmann



Sabrina Zeaiter



Rolf-Georg Pross



Inga Boeck



Günter Schmidt



Andrea Lich-Brand



Karl-Heinz Kinkler



Ute Claas



Karl-Heinz Schäfer



Petra Graf



Peter Pausch



Sabine Schmidt



Waldemar Droß



Jutta Thöne



Kemal Yüksel



Julia Polzer

Fotos: Fotoatelier Schick

Weiter kandidieren: Andreas Stahl, Ulrike Rühl, Peter Helmut Weber, Jutta Müller, Olaf Körting, Sofia Appel, Klaus Linke, Hans-Werner Beck, Kai Brückmann, Andreas Leiter, Gerhard Richter, Dr. Karl Ihmels, Dr. Alexander Wagner, Reiner Nokielski, Edmund Räther, Kenan Ocar, Dr. Mustapha Ouertani, Jürgen vom Scheidt, Peter Großhaus, Prof. Dr. Horst Zahner, Dieter Agel, Elke Zahner, Günter Andrick, Gisela Jäckel, Henny Baring, Ulrich Loh, Eberhard Spamer, Reiner von Eicken, Manfred Wagner

Gemeinsam. Weiter. Machen.



SPD Wetzlar · Bergstraße 60 · 35578 Wetzlar · Tel. 0 64 41.2 09 25-20 · Fax 0 64 41.2 09 25-21
E-Mail: jutta.mueller@spd.de · Internet: www.spd-wetzlar.de

